

Italien

CARLO MASALA

Der 3. Mai 1998 war für Italien ein Feiertag. In der Nacht einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf die Teilnehmerstaaten, die an der Einführung des Euro beteiligt werden sollten. Unter den Teilnehmern der ersten Runde befand sich auch Italien. Bis zuletzt hatte es kritische Stimmen unter den Mitgliedstaaten der EU gegeben, ob Italien zu jenen Staaten gehören sollte, die von Beginn an der Einführung der gemeinsamen Währung teilnehmen sollten.¹ Durch die in Brüssel getroffene Entscheidung sieht sich die italienische Regierung in ihrer Haushaltskonsolidierungspolitik der letzten Jahre bestätigt. Doch beinahe wäre die italienische Regierung auf ihrem Weg zum Euro ins Schleudern gekommen.

Als der Führer der italienischen Kommunisten, Fausto Bertinotti, am 9. September 1997 während der Debatte über die Verabschiedung des neuen Haushaltsgesetzes vor der italienischen Abgeordnetenkammer erklärte, daß die Fraktion der Kommunisten der Neugründung (*Rifondazione Comunista*) dem von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf unter keinen Umständen zustimmen werde, löste er damit die „verrückteste Regierungskrise der Welt“ (Romano Prodi) aus. Ziel Bertinottis war es, einschneidende Sparmaßnahmen im Sozialbereich und eine umfassende Reform des italienischen Rentensystems, die beide dazu beitragen sollten, den Haushalt zu konsolidieren und die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion sicherzustellen, zu verhindern. Die Regierung Prodi mußte – angesichts der fehlenden parlamentarischen Mehrheit – ihren Rücktritt erklären. Doch das Kalkül der Führung der Neokommunisten ging nur zum Teil auf. Die eigene Basis machte den Parteiobere einen Strich durch die Rechnung und drängte auf die Fortführung der parlamentarischen Unterstützung der Regierung Prodi, um eine Teilnahme Italiens am Euro zu ermöglichen. Angesichts dieser – nicht nur für die Führung der Neokommunisten unerwarteten – Sympathiebekundungen für die Europapolitik Prodis sahen sich die Kommunisten gezwungen einzulenken, und sicherten der Regierung Prodi auch weiterhin ihre parlamentarische Unterstützung zu. Dieses Zugeständnis ließen sie sich jedoch durch das Versprechen der Regierung Prodi honorieren, 1998 ein Gesetz zu erlassen, welches bis zum 1. Januar 2001 alle Unternehmen mit mehr als 15 Beschäftigten zur Herabsetzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich verpflichtet und ihnen zugleich staatliche Subventionen zusichert.² Gestoppt werden soll ebenfalls die Privatisierung der Monopolstromversorgung ENEL, der Mehrheit des Energiekonzerns ENI sowie der Rüstungsindustrie.³ Für den angeschlagenen italienischen Ministerpräsidenten kam eine entscheidende Hilfestellung aus Brüssel. Die Kommission hatte durchsickern lassen, daß Italien nach jüngsten Schätzungen 1997 mit einem Haushaltsdefizit von

3% rechnen könne und damit das wichtigste Euro-Kriterium erfüllen werde. Für 1998 erwarte die Kommission gar einen Rückgang auf 2,7%, jedoch nur, wenn der Haushalt verabschiedet werden würde. Andernfalls sei – so war aus Brüssel zu vernennen – mit einem Anstieg des Haushaltsdefizites auf 3,7% zu rechnen.⁴ Angesichts dieser Erfolgsmeldungen und hinsichtlich des Widerstandes der eigenen Parteibasis sahen sich die Führungsspitzen der Neokommunisten gezwungen, ihre Blockadepolitik vorläufig aufzugeben. Europa – Italiens strenge Gouvernante⁵ – hatte sich wieder einmal durchgesetzt und die Fortsetzung des europapolitischen Spar- und Reformkurses der Regierung Prodi erzwungen.

Doch der Spielraum der italienischen Regierung, ohne substantielle Reformen im Rentensystem weitere Einsparungen zu erzielen,⁶ wurde zusehends geringer. Die italienischen Sozialausgaben lagen bereits weit unter dem europäischen Durchschnittswert. Die bis dato von der Regierung Prodi praktizierte Politik der Erhöhung der Steuerlast, der vorgezogenen Einnahmen und aufgeschobenen Ausgaben konnte nicht mehr weiterverfolgt werden. Eine weitere Einmalsteuer – wie die Euro-Steuer – war ebenfalls undenkbar. Vor allem der französische Präsident und die französische Regierung, die beide mit zu den vehementesten Kritikern eines italienischen Euro-Beitrittes gehörten, sahen nun, angesichts der italienischen Erfolgsbilanz, die Möglichkeit gekommen, die Südflanke im Euro-Klub zu stärken, um die Macht Deutschlands besser austarieren zu können und wandelten sich zu entschiedenen Befürwortern eines italienischen Euro-Beitrittes. Höhepunkt dieses französischen Sinneswandels war das gemeinsame Kommuniqué, welches anlässlich der französisch-italienischen Gipfelgespräche vom 2. Oktober 1997 verabschiedet wurde und in dem die französische Regierung ihrem Wunsch Ausdruck verleiht, Italien von Beginn an im Kreis der WWU-Teilnehmer zu sehen.⁷

Die europäische Unterstützung der italienischen Regierung resultierte maßgeblich aus der Tatsache, daß Romano Prodi seinem Wirtschaftsminister Ciampi freie Hand zu einer strukturellen Reform des italienischen Staatshaushaltes gegeben hatte. Ende Mai 1997 legte die italienische Regierung ihre mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1998-2000 vor. Diese war im wesentlichen das Werk Ciampis. Mit ihrer Umsetzung sollte der Weg zum WWU-Beitritt unumkehrbar werden. Der Plan der italienischen Regierung sah ein Haushaltsdefizit von 2,8% im Jahre 1998 und von 2,4% im Jahre 1999 vor. Die Inflationsrate sollte 1,5% nicht überschreiten. Die Verschuldung, das Sorgenkind der italienischen Euro-Politik, sollte von 123% in 1997 auf 116% bis zum Jahre 2000 sinken. Damit hätte das Maastricht-Kriterium von 60% des BIP zwar noch immer in weiter Ferne gelegen, doch die im Maastrichter Vertrag geforderte Annäherung an die Kriterien wäre erfüllt gewesen. Dem Programm zugrunde lag eine Wachstumserwartung von 1,2% für 1997 und 2% für 1998. Die Ziele des Planes sollten mit Haushaltskorrekturen von 25 Bio. Lire (circa 24,3 Mrd. DM) erreicht werden, wobei unklar blieb, mit welchen Manövern dieses Ziel erreicht werden sollte. Der wichtigste Posten für Einsparungen sollte, so wurde bald deutlich, der Zinsaufwand für die italienischen Staatsschulden sein. Während der Haushaltsplan von 1996 noch Zinssätze von 8,5% und der von 1997 noch 8% vorsah, hoffte die italienische Regierung für das laufende Haushaltsjahr auf einen

Zinswert von 6,5%.⁸ Der Haushaltsplan sah Zinseinsparungen von mindestens 28 Bio. Lire (1,4% des BIP) vor. Eine weitere Einsparung in Höhe von circa 5 Bio. Lire erhoffte sich die italienische Regierung durch den Aufschub der Pensionierung von Lehrern. Von seiten der Industrie und der italienischen Zentralbank wurde Ciampi vorgeworfen, daß auch dieser Finanzplan keine strukturellen Reformen des Rentensystems vorsehe.

Diese Kritik war jedoch nur zum Teil berechtigt, da der vorgelegte Haushaltsplan Einsparungen im Renten- und Sozialsystem in Höhe von 5 Bio. Lire vorsah, jedoch nicht näher spezifizierte, wodurch diese Einsparungen realisiert werden sollten. Ursprünglich hatte Ciampi geplant, die Art und Weise der Einsparungen in seiner Haushaltsplanung mitzubedenken, war jedoch am Widerstand der Gewerkschaften und der *Rifondazione Comunista* gescheitert. Dennoch ließ Ciampi, der die Notwendigkeit zur Reform des Rentensystems immer wieder als eine der dringlichsten Aufgaben des italienischen Euro-Fahrplanes bezeichnete,⁹ von seinem Vorhaben nicht ab und nahm ab Mitte Juni Verhandlungen mit den italienischen Gewerkschaften zu einer Reform der Pensionskassen auf. Das grundsätzliche Problem, welches Ciampi mit der Rentenreform anzugehen gedachte, besteht u.a. in der Altersfrage, der *anzianità*. „Bei gleicher Anzahl von Arbeitsjahren erhält ein Rentner nach Dienstjahren mehr Rente als ein Rentner nach Lebensalter. Nach 35 Jahren Einzahlung und Arbeit erhält ein Rentner im vorgezogenen Ruhestand 31% mehr als ein Rentner, der regulär zur Rente geht.“¹⁰ Ciampi und Prodi schienen fest entschlossen, eine Reform – in Kooperation und mit Zustimmung der Gewerkschaften – herbeizuführen. Diese sollte dann zum 1. Januar 1998 in Kraft treten. Die italienische Regierung hatte sich in Zugzwang gesetzt, da die Dreijahresprojektion 1998-2000, die die besagten Einsparungen als feste Größe enthielt, der EU-Kommission in Brüssel bereits vorgelegt worden war. Doch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften erwiesen sich erwartungsgemäß als äußerst schwierig, da keine der drei großen italienischen Gewerkschaftsverbände¹¹ den Vorschlägen der Regierung zustimmte. Dennoch setzten Prodi und Ciampi mehrere Verhandlungsrunden an, um zu einem Kompromiß mit dem Gewerkschaften zu gelangen, der wiederum, wenn er denn erfolgt wäre, die Neokommunisten im Parlament unter Druck gesetzt hätte, dem Haushaltsgesetz zuzustimmen, um so der von Prodi geführten Mitte-Links Koalition die notwendige parlamentarische Mehrheit für die Verabschiedung des Haushaltsplanes zu garantieren. Doch die Gewerkschaften ließen sich zu keinem Kompromiß bewegen.¹² Romano Prodi entschloß sich zur Konfrontation und in einer Nachtsitzung vom 27. auf den 28. September einigte sich das italienische Kabinett auf einen Haushaltsentwurf, der dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt werden sollte. In diesem Haushaltsentwurf sollten die Ausgaben um 15 Bio. Lire gekürzt werden, davon 5 Bio. Lire im Sozial- und Rentensektor.¹³

Im Verlaufe der Haushaltsberatungen im Parlament wurde sehr schnell deutlich, daß die neokommunistische Fraktion dem Haushaltsgesetz ihren Segen verweigern und die Regierung Prodi dadurch ihre parlamentarische Mehrheit verlieren würde. Silvio Berlusconi bot Prodi einen Ausweg aus der Sackgasse und schlug die Bil-

derung einer „großen Koalition für Europa“ vor. Dieses Angebot lehnte der italienische Ministerpräsident jedoch ab.

Angesichts der fehlenden parlamentarischen Mehrheit demissionierte Prodi, wurde von Staatspräsident Scalfaro erneut mit der Regierungsbildung beauftragt, fand einen Kompromiß mit der Rifondazione und sicherte somit seiner Regierung das politische Überleben.

Am 2. November fand die italienische Regierung auch mit den Gewerkschaften zu einem Kompromiß in der Frage der Rentenreform, der sich bei näherem Hinsehen als eine lediglich marginale Modifizierung des bisherigen Systems erweist. Die Berufsaltersrente wurde nicht abgeschafft und durch eine für alle Rentner gleiche beitragsbezogene Rente ersetzt. Bisher war es möglich, nach 36 Berufsjahren und bei Erreichung des 53. Lebensjahres in Rente zu gehen. Nach der neuen Vereinbarung soll die Altersgrenze bereits 1998 auf 54 Jahre angehoben werden. Die Rifondazione bestand jedoch auf einer Zusicherung der Regierung, daß von dieser Regelung all jene ausgenommen werden würden, die offiziell als „Arbeiter“ gelten und mit weniger als 18 Jahren zu arbeiten angefangen haben. Dies sind etwa 70% der gegenwärtigen Rentenanwärter.¹⁴

Der Vertrag von Amsterdam aus italienischer Perspektive

Neben dem Euro, dem bestimmenden Thema italienischer Europapolitik seit 1996, löste auch der Vertrag von Amsterdam kontroverse Diskussionen in Italien aus. Außenminister Dini führte die Phalanx der Kritiker an, die von den Ergebnissen des Amsterdamer Vertragswerkes enttäuscht waren. Er bedauerte die kollektive Unfähigkeit der europäischen Staats- und Regierungschefs, die drängenden Probleme der europäischen Integration couragiert anzugehen, bevor es zu einer Erweiterung der Union komme.¹⁵ Deshalb insistierte die italienische Regierung, zusammen mit der französischen und der belgischen, daß die institutionellen Reformen vor einer Erweiterung der Union abgeschlossen werden müssen. Die Defizite, die der Amsterdamer Vertrag vor allem im Bereich der institutionellen Reformen und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aufweist, werden von vielen italienischen Politikern und Wissenschaftlern kritisiert. Zwar wurden, so konstatiert Gianni Bonvicini, in Amsterdam durchaus Fortschritte erzielt: im Bereich der Bürgerrechte, durch die Ausweitung der Bereiche, in denen Mehrheitsentscheidung zukünftig angewendet werden soll sowie durch die Schaffung eines hohen Repräsentanten für die GASP. Es sei jedoch versäumt worden, die Handlungsfähigkeit der Union angesichts ihrer bevorstehenden Osterweiterung zu verbessern. Vor allem in diesem Bereich sei bereits heute eine erneute Revision des Amsterdamer Vertrages abzusehen.¹⁶ Silvio Fagiolo, der italienische Vertreter in der Revisionskonferenz, hebt hingegen die positiven Aspekte des Vertrages hervor. Trotz aller Mängel, die der Vertrag habe, sei er doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er stärke – vor allem durch die Einführung der Flexibilisierungsklausel – den Zusammenhalt der Union und berücksichtige in angemessener Weise die unterschiedlichen Zielvorstellungen der einzelnen Regierungen.¹⁷ Eine Übereinstimmung bestand jedoch

in der Bewertung hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen für die Außenwirtschafts- und Außenpolitik seien in Amsterdam nicht beseitigt worden. Auch eine Verstärkung des Konsensprinzips in der Entscheidungsfindung durch die Verlagerung der Grundentscheidungen auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs stelle keinen Fortschritt dar. Die konstruktive Enthaltung sei eine bescheidene Interpretation des Flexibilisierungsprinzips und werde kaum zu einer Effizienzsteigerung der europäischen Außenpolitik beitragen.¹⁸ Für Italien sei aber eine funktionierende und flexible europäische Außen- und Sicherheitspolitik von größter Bedeutung, um nicht noch einmal – wie es bei der italienischen Operation Alba zu Anfang der Fall gewesen ist – ohne europäische Rückendeckung und Unterstützung handeln zu müssen.¹⁹

Italien und die Türkei

Neben der Kritik am Vertrag von Amsterdam gab es in Italien auch dezidierte Kritik gegen die Behandlung der Türkei durch die EU. Bereits wenige Tage nach dem EU-Gipfel von Luxemburg kritisierte Außenminister Lamberto Dini die Entscheidung, der Türkei keine konkrete Beitrittsperspektive zu geben, auf das heftigste. Man hätte eine Diskriminierung der Türkei vermeiden und vor allem der Geometrie der Erweiterung Rechnung tragen müssen. Es könne nicht nur um die Sicherheit und Stabilität Mitteleuropas gehen. Diese sei zwar im Interesse aller Unionsstaaten, doch gelte es die Integration auch an der Südgrenze der Union auszuweiten, um einer Zersplitterung vorzubeugen.²⁰ Die Kritik an der Position Deutschlands war unüberhörbar und sorgte in der Folgezeit auch für Friktionen im deutsch-italienischen Verhältnis.²¹

Quo vadis? Italiens Parteien in Bewegung

Seit einigen Wochen ist Bewegung in die italienische Parteienlandschaft gekommen. Verschiedene Parteien respektive Bewegungen haben sich zusammengeschlossen, bestehende Parteien sind bestrebt, sich ein neues programmatisches Gewand anzuziehen, neue Parteien entstehen, die sich den Anspruch auf ihre Fahnen geschrieben haben, der politischen Mitte in Italien ein neues Gesicht zu geben und mehr Gewicht zu verleihen. Den Auftakt haben Teile der ehemaligen Sozialisten und Sozialdemokraten gemacht, indem sie Anfang Februar die *Socialisti Democratici Italiani* (SDI) ins Leben riefen.²² Diese Partei versucht, in nostalgischer Rückschau die Spaltung von Sozialisten und Sozialdemokraten zu überwinden. Gleichzeitig ist sie darum bemüht, die unheilvolle Tradition des *Partito Socialista Italiano* unter Bettino Craxi, dessen Name untrennbar mit Korruption und Klientelismus verflochten ist, abzustreifen. Enrico Bosselli, ein Intimus von Außenminister Dini, Ugo Intini, der unter Craxi Sprecher des PSI war sowie der „vermutlich letzte Sozialdemokrat“²³ Italiens, Gian-Franco Schietroma, einigten sich auf dem Gründungsparteitag der SDI auf ein Parteiemblem, welches sowohl die sozialistische Rose, die unter Bettino Craxi durch eine Nelke ersetzt worden war, als auch die aufgehende Sonne der sozialdemokratischen Partei miteinander vereint. Pro-

grammatisch bleibt das Profil der SDI im Dunkeln. Diejenigen Aussagen, die von Boselli, Intini und Schietroma vorliegen,²⁴ geben wenig Aufschluß über die programmatischen Ziele dieser Partei. Deutlich ist nur, daß die Initiatoren der SDI bestrebt sind, durch diesen Zusammenschluß die Dominanz der Partito Democratico della Sinistra (PDS), der ehemaligen Kommunistischen Partei, innerhalb der Ölbaum-Koalition mittels der Aggregation ihrer Potentiale zu verringern und das Zentrum zu stärken. Warum wurde diese Partei aber erst 1998 und nicht bereits in den Jahren zuvor ins Leben gerufen? Die Initialzündung für die (überhastete) Gründung der SDI wurde von Ereignissen bewirkt, die sich im Umfeld und innerhalb der PDS ereignet haben: Massimo D'Alema hatte vom 12.–14. Februar 1998 eine Versammlung der Generalstände der italienischen Linken nach Florenz einberufen. Hauptpunkt auf der Tagesordnung dieser Massenveranstaltung, an der über 1.800 Delegierte der verschiedenen Linksparteien teilnahmen (davon kamen jedoch 1.250 Delegierte von der PDS), war die Diskussion um die Gründung einer linken Sammelpartei in Italien, die den Namen Democratici di Sinistra (DS) tragen sollte²⁵ und deren Gründung für den Frühsommer 1999 vorgesehen ist.²⁶ D'Alemas Vorstellungen gehen weit über die rein organisatorischen Aspekte einer möglichen Vereinigung hinaus. Deutlich vor Augen, daß die Linke in Italien strukturell nicht mehrheitsfähig ist, bemüht sich D'Alema darum, einer neuen Linkspartei auch ein neues programmatisches Gesicht zu geben.²⁷ Nicht zufällig nannte er in diesem Zusammenhang den Namen Lamberto Dini. „Dini hatte mit seiner Partei ... 1996 anderthalb Millionen Stimmen eingebracht; hätte er sich auf die Seite der Rechten geschlagen, gäbe es keine Regierung des Ulivo.“²⁸ Um diese „bürgerlichen“ Stimmen dauerhaft an die Linke zu binden, müsse die Linke von alten Zöpfen Abschied nehmen. Am Schluß der dreitägigen Versammlung wurde den Delegierten auch das Symbol der DS vorgestellt: Die Eiche der PDS ist geblieben; ihr zur Seite gestellt wird die Rose der Europäischen Sozialisten, die wiederum – so hat es den Anschein – den Sternen der Europaflagge entspringt.

Auch die Diskussion um die Sammlung liberal-konservativer Kräfte in Italien ist wieder in Gang gekommen. Für die italienische Öffentlichkeit völlig überraschend kündigte der ehemalige Staatspräsident, Francesco Cossiga, Mitte Februar die Gründung einer neuen Partei an: der *Unione dei Democratici per la Repubblica* (UDR).²⁹ Ziel dieser neuen Partei ist es, an die „positiven“ Traditionen der DC anzuknüpfen und die politische Mitte in Italien neu zu organisieren. Die Chancen Cossigas stehen nicht schlecht. Das Ansehen Silvio Berlusconi hat sowohl bei der italienischen Öffentlichkeit als auch innerhalb der *Forza Italia* in der jüngsten Vergangenheit immer stärkeren Schaden genommen. Eine *Forza Italia* ohne Berlusconi, so dürfte Cossiga spekulieren, würde sehr schnell in die politische Bedeutungslosigkeit verschwinden. Damit würde ein Wählerpotential von 22-26% frei werden, das größtenteils politisch zur Mitte tendiert. Ein weiteres Motiv spielt bei den Überlegungen Cossigas eine wichtige Rolle: Sollte es der PDS gelingen, die Gründung einer linken Sammelpartei 1999 zu realisieren, könnten einige Parteien, wie die SDI oder aber auch die Bewegung Lamberto Dinis, die strategische Koalition des Ulivos verlassen. Zusammen mit diesen Parteien wäre es der UDR wie-

derum möglich, neue strategische Koalitionen einzugehen, oder aber sie könnte gemeinsam mit ihnen in einer neuen Formation der politischen Mitte aufgehen. Die politische Bewegungslosigkeit der Mitte-Rechts Opposition sowie die bereits geschilderten Um- und Neugruppierungsprozesse innerhalb der politischen Mitte übten ebenfalls einen Anpassungsdruck auf die Alleanza Nazionale (AN) aus. Neben der Forza Italia war es die aus dem Movimento Sociale Italiano (MSI) hervorgegangene rechtskonservative Partei um ihren Vorsitzenden Gianfranco Fini, die am meisten von dem Zusammenbruch der politischen Mitte in Italien profitiert hatte. Ein Wiederaufstehen des Zentrums würde die Gefahr des Verlustes jener Wählerstimmen mit sich bringen, welche der AN den Aufstieg zur drittstärksten Partei im politischen Leben Italiens ermöglicht hatten.³⁰ Fini berief einen Parteitag nach Verona ein (27. Februar bis 1. März 1998), auf welchem ein neues programmatisches Konzept für die AN diskutiert und verabschiedet werden sollte. In dem vorgelegten Programm lassen sich kritische Töne zu Europa finden.³¹ Mehr Supranationalität wird dezidiert abgelehnt, statt dessen eine Verschärfung der Konflikte zwischen den Nationen innerhalb der Union prognostiziert. Auch gegenüber dem Euro äußert sich die AN kritisch. Für Italien bringe die gemeinsame Währung deutlich mehr Nachteile als Vorteile. Bewußt wird offengelassen, worin diese Nachteile bestehen könnten. Die programmatische Nähe zu den französischen Gaullisten sowie zu dem europakritischen Flügel der britischen Konservativen ist nicht zu übersehen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. *Die Welt* v. 16. 1.1998.
- 2 Cesare Romiti hat darauf hingewiesen, daß die Zusage zur Einführung der 35-Stunden-Woche dazu führen werde, daß viele Betriebe in Südtalien, die ohnehin am Existenzminimum produzieren, schließen werden und so die Arbeitslosigkeit in diesen strukturschwachen Regionen in den nächsten Jahren erheblich steigen werde. Vgl. *Il Sole- 24 Ore* v. 24.10.1997.
- 3 Vgl. *Corriere della Sera* v. 16. 10. 1997.
- 4 Weber, Peter: Nobelpreis für politisches Theater in Rom – ein absurder Einakter, in: *Das Parlament* v. 24.-31.10.1997, S. 19.
- 5 So der gleichnamige Titel eines Berichtes der Neuen Zürcher Zeitung v. 18./19.10.1997.
- 6 Vgl. Codogno, Lorenzo: Italy must tackle reforms, in labour, welfare systems, in: *The Wall Street Journal (European Edition)* v. 24.3.1997.
- 7 *Le Monde* v. 6.10.1997 und Bôle-Richard, Michel: L'Euro ou l'orgueil blessé de L'Italie, in: *Le Monde* v. 7.6.1997.
- 8 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 2.6.1997.
- 9 *La Repubblica* v. 17.8.1997.
- 10 Zitiert nach: Gütgemann, Anette-Victoria: Italien und die Europäische Währungsunion. Die Politische und wirtschaftliche Situation in Italien auf dem Weg zur EWWU, Sankt Augustin 1997, S. 23.
- 11 Dies sind: Confederazione Italiana del Lavoro (CGIL), Confederazione Italiana Sindacati dei Lavoratori (CISL) und Unione Italiana del Lavoro (UIL).
- 12 Vgl. *Corriere della Sera* v. 26.9.1997.
- 13 Vgl. *Il Sole-24 Ore* v. 1.10.1997.
- 14 Vgl. *Il Sole- 24 Ore* v. 3.11.1997 und *FAZ* v. 3.11.1997.
- 15 *La Stampa* v. 20.6.1997.
- 16 Bonvicini, Gianni: L'Italia nel dopo Amsterdam, in: *PoliticaInternazionale* Mai/Juni 1997, S. 15-20.
- 17 Fagiolo, Silvio: Il Trattato di Amsterdam, in: *Affari Esteri* 116 (1996), S. 482-486.
- 18 Vgl. Hanny, Birgit, Carlo Masala: Die EU von Amsterdam vor ihrer Erweiterung – deutsche und italienische Perspektiven, in: *integration 1* (1998), S. 50-51.
- 19 Quinzio, Partizio Flavio: L'Albania e l'inter-

- vento militare italiano, in: *Affari Esteri* 116 (1996), S. 550-556 und Silvestri, Stefano: *The Albanian Test Case*, in: *The International Spectator* 3-4 (1997), S. 87-98.
- 20 Dini, Lamberto: *Mit der Behandlung der Türkei unzufrieden*, in: *FAZ* v. 23.12.1997.
- 21 „Rom tadelt die EU“, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 24.12.1997.
- 22 Vgl. *NZZ* v. 10. 2.1998 und *Corriere della Sera* v. 9.2.1998 sowie *L'Unita* v. 7.2.1998.
- 23 *NZZ* v. 10.2.1998.
- 24 Vgl. *Corriere della Sera* v. 9.2.1998, sowie die Interviews, die von Rai-Uno am 10.2.1998 ausgestrahlt wurden und *L'Unita Socialista* v. 5.2.1998.
- 25 Vgl. „I ragazzi del XXI SECOLO“, in: *L'Espresso* v. 12.2.1998, S. 46-49.
- 26 Vgl. *NZZ* v. 12.2.1998.
- 27 Vgl. http://pds.it/sgs/relaz_dalema.htm sowie http://pds.it/sgs/pds_it.
- 28 *NZZ* v. 16.2.1998.
- 29 Vgl. *Corriere della Sera* v. 17.2.1998.
- 30 Bei den Wahlen vom 21.4.1996 erreichte die AN mit 15,7% ihr bestes Ergebnis.
- 31 Vgl. *Alleanza Nazionale* (Hrsg.): *Conferenza Programmatica*, o.O., 1998.

Weiterführende Literatur

- Bonvicini, Gianni: *L'Italia nel dopo Amsterdam*, in: *Politica Internazionale* Mai/Juni 1997, S. 15-20.
- Bonvicini, Gianni, Paolo Cecchini, Pier Carlo Padoan, Natalino Ronzitti (Hrsg.): *Italia senza Europa?*, Mailand 1997.
- Fagiolo, Silvio: *Il Trattato di Amsterdam*, in: *Affari Esteri* 116 (1996), S. 482-486.
- Gütgemann, Anette-Victoria: *Italien und die Europäische Währungsunion. Die politische und wirtschaftliche Situation in Italien auf dem Weg zur EWWU*, Sankt Augustin 1997.
- Hanny, Birgit, Carlo Masala: *Die EU von Amsterdam vor ihrer Erweiterung – deutsche und italienische Perspektiven*, in: *integration* 1 (1998), S. 50-51.
- Masala, Carlo: *Italienische Parteien in Bewegung*, in: *KAS-Auslandsinformationen* 5 (1998), S. 4-19.
- Masala, Carlo: *Italien und die europäische Währungsunion*, in: *KAS-Auslandsinformationen* 12 (1997), S. 14-30.
- Missinoli, Antonio: *Italiens Außenpolitik vor und nach Maastricht. Europa als Herausforderung und Reformzwang*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 28/29 v. 3.7.1998, S. 27-36.
- Quinzio, Partizio Flavio: *L'Albania e l'intervento militare italiano*, in: *Affari Esteri* 116 (1996), S. 550-556.
- Rizzo, Aldo: *L'Italia in Europa. Tra Maastricht e l'Africa*, Bari 1996.
- Silvestri, Stefano: *The Albanian Test Case*, in: *The International Spectator* 3-4 (1997), S. 87-98.
- Trautmann, Günter: *Italiens Finanz- und Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Europäische Währungsunion*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 28/29 v. 3.7.1998, S. 16-26.
- Weber, Peter: *Die neue Ära der italienischen Mehrheitsdemokratie: Fragliche Stabilität bei fortdauernder Parteienzersplitterung*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1 (1997), S. 85-116.